



**PRESSEMITTEILUNG**

29. Oktober 2020

## **MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober**

Eröffnung des Europatages

Förderung von Vielfalt in Corona-Zeiten

### **Mit allen Mitteln das Vielfaltsterben verhindern**

**München** – Beim Europatag im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN hat sich der bayerische Medienminister Dr. Florian Herrmann für die Stärkung der Medienvielfalt durch den europäischen Digital Services Act eingesetzt. Branchenvertreter plädierten für weniger Regulierung bei gleichzeitiger Förderung von kleineren Medienunternehmen, um ein „Vielfaltssterben“ zu verhindern.

„Treiber, nicht getrieben sein – das ist unsere Idee von europäischer Medienpolitik“, betonte Florian Herrmann in seiner Video-Keynote zur Eröffnung des Europatages. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei sowie Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien erläuterte den Digital Services Act (DSA) der Europäischen Kommission und stellte wesentliche Prinzipien vor, die der DSA berücksichtigen müsse. So sollten die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten gewahrt und eine Sperrwirkung für nationale Regelungen vermieden werden. Mit dem Digital Services Act will die Europäische Kommission die Macht von US-Konzernen wie Google und Facebook beschränken, außerdem faire Wettbewerbsbedingungen im Bereich der digitalen Medien schaffen und illegale Inhalte einheitlich verhindern.

Die Bayerische Staatsregierung setze sich weiterhin für das Herkunftslandprinzip als Kernelement der bisherigen Regulierung ein, betonte Florian Herrmann. Er plädierte für eine effektivere Rechtsdurchsetzung, lehnte eine Zentralisierung der Medienaufsicht dabei jedoch ab. Zur Stärkung des Jugendschutzes schlug der Minister bessere technische Systeme vor, die Idealerweise auf europäischer Ebene gemeinsam entwickelt würden. Das letzte Grundprinzip ist laut Herrmann die Stärkung der Medienvielfalt inklusive kommunikativer Chancengleichheit. „Der DSA sollte eine breite Vielfalt von innovativen Geschäftsmodellen fördern“, postulierte Florian Herrmann. Ziel müsse es sein, einer Konzentration von Marktmacht entgegenzuwirken.

„Die Strukturen haben sich bewährt“, lobte Thorsten Schmiege, Geschäftsführer der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Medienaufsicht. „Wir müssen nur über eine Stärkung der Instrumente reden.“ Dabei sei jedoch klar, dass es immer ein Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Verantwortung für die Medien gebe. Prof. Stephan Ory, Direktor und Vorsitzender am Institut für Europäisches Medienrecht (EMR), warnte ebenfalls davor, sozusagen „von Amts wegen“ in der Online-Kommunikation darüber zu wachen, welche Informationen wahr oder falsch seien. „Dann ist man, wenn man „1984“ gelesen hat, relativ schnell beim Ministerium für Wahrheit“, warnte der Jurist.

In der anschließenden Video-Diskussion berichtete Wolfgang Kreißig, Vorsitzender der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) und der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), über die Verteilung der „Corona-Hilfsgelder“ im Hörfunk. Die Unterstützung in Höhe von zwanzig Millionen Euro werde teilweise bereits ausbezahlt. Kreißig verwies allerdings auf unterschiedliche Förderungsansätze in den einzelnen Bundesländern. Er regte an, die staatsfernen Landesmedienanstalten als Mittler einzusetzen. Schließlich setze das Beihilferecht der EU klare Grenzen für staatliche Förderungen.

Claus Grewenig, Leiter Medienpolitik bei der Mediengruppe RTL Deutschland, schlug unter anderem vor, aus der Hörfunkförderung zu lernen und das Instrument auch für den TV-Bereich zu nutzen. Vor allem kleinere, private Fernsehprogrammanbieter seien massiv durch die Krise betroffen. Die Politik müsse mit Maßnahmen etwa im Sinne einer Infrastrukturförderung gegensteuern. Bisher sei ein Ausfallfonds für TV-Produktionen geplant, erklärte Grewenig, der auch auf „gute Gespräche“ mit den Ländern hinwies. Mit Blick auf den angekündigten „Lockdown Light“ erinnerte der RTL-Manager an die journalistische Leistung der systemrelevanten Medien während der Pandemie. Allerdings bestehe nun ein Risiko für die Gesamtwirtschaft. „Es gab eine leichte Erholung, die jetzt wieder infrage steht“, sagte Grewenig.

„Wir müssen ein Vielfaltsterben verhindern“, appellierte Annette Kümmel. Die Vorstandsvorsitzende des Verbands Privater Medien e. V. (VAUNET) und Chief Sustainability Officer von ProSiebenSat.1 Media lobte die bisherige Kooperation zwischen Medienpolitik und Verbänden zur Bewältigung der Corona-Krise und bezeichnete die finanzielle Förderung von Sparten-, Lokal- und Regionalsendern als vorstellbar. Darüber hinaus sei es wichtig, weitere regulatorische Belastungen für die Branche zu vermeiden. Annette Kümmel empfahl daher ein Gesetzesmoratorium.

Christian Grece von der Abteilung für Marktinformationen der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle erinnerte daran, dass die Umsätze in der traditionellen TV-Branche seit fünf Jahren stagnieren oder gar schrumpfen. Der Mitarbeiter der Europäischen Kommission hob die strukturellen Probleme der Medienwirtschaft hervor, die sich bereits vor der Pandemie gezeigt hätten. Vor allem das Wachstum von Streaming und Video on Demand, so erklärte Grece, verändere die Wettbewerbssituation. Seine Warnung angesichts von mehr als 1.000 audiovisuellen Corona-Hilfsprojekten in Europa: „Die unterstützenden Maßnahmen adressieren nicht die strukturellen Probleme.“

**Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.medientage.de](http://www.medientage.de).**